

## RAHMENBEDINGUNGEN FÜR LOKALE INTEGRATIONSARBEIT

Wie bereits erwähnt, ist neben dem Aspekt der Migrationsbevölkerung<sup>1</sup> vor allem die **Berücksichtigung weiterer Faktoren zur Beschreibung der „Rahmenbedingungen für Integration“ vor Ort** entscheidend:

- ↳ „Identität“ der Gemeinde z.B. als Tourismusgemeinde, Arbeiter/innengemeinde, traditionell, alternativ oder stark ökonomisch orientierte Gemeinde, Grenzgemeinde, Gemeinde als regionales Zentrum oder als „Vorort“ einer größeren Stadt, historisch gewachsenes Bild der Gemeinde in der Region, ...
- ↳ Anzahl an Bildungseinrichtungen: Kindergärten, Schulen, Erwachsenenbildungsinstitute, Bibliotheken, ...
- ↳ Anteil von Miet- und Eigentumsverhältnissen<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Lokal zuordenbare Daten können etwa ermittelt werden für den Anteil ausländischer Staatsbürger/innen und die Herkunftsverteilung, Anteil der Einwohner/innen ausländischer Herkunft (Definition Statistik Austria), Anteil der Kindergartenkinder und Schüler/innen mit anderer Erstsprache als Deutsch; sinnvoll sind auch Einschätzungen zur vorrangigen Zuwanderungsgeschichte der Region etwa Gastarbeiter/innenmigration ab den 1960er-Jahren, Flüchtlingsunterbringung, Familiennachzug sowie zu Wohnverhältnissen nach bestimmten Stadtteilen, Siedlungen etc. Es ist darüber hinaus zu beachten, dass bestimmte Migranten/innen-

gruppen in der Bevölkerung meist überproportional zu ihrem tatsächlichen Anteil wahrgenommen werden (Türken/innen, Afrikaner/innen, Tschetschenen/innen).  
<sup>2</sup> Zum Zusammenhang von Integrationsarbeit und Wohnpolitik siehe etwa das Kapitel „Wohnen und Stadtentwicklung. Bedeutung des Wohnens für Integrationsprozesse“ des Expertenberichtes auf Bundesebene im Zuge der Entwicklung des Nationalen Aktionsplans für Integration „Gemeinsam kommen wir zusammen. Expertenbeiträge zur Integration“ des Bundesministeriums für Inneres abrufbar unter: [www.bmi.gv.at/](http://www.bmi.gv.at/)

- ↳ Umfang und Art der Freizeitmöglichkeiten (insbesondere für Jugendliche) sowie Nutzung öffentlicher Plätze; zentrale Festtage im Jahreskalender und wer diese gestaltet; Anzahl an Vereinen und inwiefern sie eine Vielfalt an Interessengruppen oder eine gewisse Schwerpunktsetzung erkennen lassen (Kultur, Sport, Soziales, Politik)
- ↳ Altersdurchschnitt, Bildungsstand und vorrangige Branchen der Erwerbstätigkeit der Bevölkerung
- ↳ politische Mandatsverteilung im Gemeinderat sowie politisches Klima zwischen den einzelnen Fraktionen, Hintergrund der Zuordnung von Integrationsagenden zu einem bestimmten Ausschuss
- ↳ historisch gewachsener bzw. von Meinungsbildnern/innen vorgelebter Umgang mit Randgruppen

Diese Rahmenbedingungen haben jeweils einen **unmittelbaren Zusammenhang mit den Handlungsfeldern und Möglichkeiten einer Gemeinde in Integrationsfragen.**

So lassen etwa demografische Daten zu Bildungsstand und Erwerbstätigkeit der ansässigen Bevölkerung häufig einen Rückschluss auf die Alltagsressourcen der Einwohner/innen zu, die Anzahl an Bildungs- oder Sozialeinrichtungen gibt zudem Auskunft

oder auch das Kapitel „Wohnverhältnisse und Segregation“ im „2. Österreichischen Migrations- und Integrationsbericht. 2001-2006“ hrsg. v. Fassmann, H. (2007).

über wichtige Partner/innen der Integrationsarbeit vor Ort.

nur einzelne als durchwegs städtisch zu bezeichnen.<sup>4</sup>

**Andere Faktoren beschreiben vor allem**

**„WOHIN eigentlich integriert wird“** – d.h., wie das Umfeld ist, in dem Zuwanderer/innen heimisch werden sollen, und wo das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft stattfindet.

**STÄDTE IM GEGENSATZ ZU  
KLEINEREN GEMEINDEN**

Ein Großteil jener Studien, Handlungsempfehlungen und Good-Practice-Beispiele, die aktuell im Zusammenhang mit kommunalen Integrationsfragen zugänglich sind, konzentriert sich auf **stark urban geprägte Städte ab einer Größe von ca. 50.000 Einwohnern/in-nen.**<sup>3</sup> Für diese Städte gilt es ganz besonders, die Stadt als Organisation in all ihren Rollen wahrzunehmen und Diversitätsfragen nicht nur querschnittsorientiert zu verankern, sondern die Aktivitäten gezielt zu steuern und zu koordinieren. In Österreich finden sich nur wenige Städte dieser Größenordnung, von den insgesamt 444 Gemeinden Oberösterreichs sind

---

<sup>3</sup> Vgl. Bereich „Gesellschaft – Kommunen und Regionen“ der Bertelsmann-Stiftung in Deutschland (<http://www.bertelsmannstiftung.de>) oder Bereich „Integrationspolitik – Stadt & Integration“ der Heinrich-Böll-Stiftung in Deutschland (<http://www.migration-boell.de>). Siehe auch CLIP Network – Cities for Local Integration Policy, ein Städtenetzwerk im EU-Raum zu kommunaler Integration. (<http://www.eurofound.europa.eu/areas/populationandsociety/clipabout.htm>) Es sind u.a. Studien und Handlungsempfehlungen zu den Themen Wohnraum, Diversität und interkultureller Dialog abrufbar:

---

<sup>4</sup> Vgl. Empirische Studie zu den integrationsrelevanten Handlungsfeldern, Aktivitäten und Perspektiven in den Gemeinden Oberösterreichs 2006 abrufbar unter [www.ooe.gv.at](http://www.ooe.gv.at)

**Auszug aus dem 1. Umsetzungsbericht zum Integrationsleitbild des Landes OÖ – Partner/innen**

„Städtisch geprägte“ Gemeinden und Städte zeichnen sich meist durch folgende Punkte aus, die für Integrations- und Diversitätsfragen relevant sind:	Für <b>kleinere bis mittlere Gemeinden</b> im eher ländlich geprägten Raum sind hingegen eher folgende für Integrationsfragen relevante Charakteristika kennzeichnend:
große Vielfalt an Lebensstilen, Bildungskarrieren, Berufssparten	weniger Vielfalt an Lebensstilen und biografischen Verläufen
größere Anonymität	größere Überschaubarkeit – unmittelbarer Kontakt bzw. größeres Bedürfnis nach direkter Begegnung
breites Angebot an z.B. unterstützenden Einrichtungen, Bildungsinstitutionen und damit umfangreiches Netz an (potenziellen) institutionalisierten Partnern/innen der Integrationsarbeit	höhere Sichtbarkeit von „Andersartigkeit“/Fremdem
häufig professionalisierte Integrationsträger/innen	weniger dichtes Netz an Infrastruktur in den Bereichen Bildung, Gesundheit, öffentlicher Verkehr, Sozialorganisationen – und weniger institutionalisierte Partner/innen der Integrationsarbeit
vor Ort zentrale Behörden und Hauptfilialen von Institutionen und Organisationen	selten professionalisierte Integrationsträger/innen
höhere Zuständigkeitsdifferenzierung von Organisationen und stärkere Arbeitsteilung in (öffentlichen) Institutionen	weitere Wege zu zentralen Behörden und zum Teil zu Bildungsangeboten (inkl. Deutschkursen)
größeres Angebot an Arbeitsplätzen	häufig Mehrfachrollen von Funktionsträgern/innen, z.B. gleichzeitig Politiker/in, Vereinsfunktionär/in und Lehrer/in bzw. Mehrfach-Zuständigkeiten von/in Institutionen, Anlaufstellen, z.B. Sozialberatungsstellen
höherer Anteil an Mietverhältnissen	häufig hohe (Aus-)Pendlerquote
langjähriger laufender Zuzug aus übrigen Regionen und aus dem Ausland	höherer Anteil an Eigentumsverhältnissen
	häufig eher niedrige Fluktuation an Einwohnern/innen bzw. tendenziell eher Abwanderung

Neben den wenigen stark urban geprägten Räumen auf der einen Seite und den klar ländlich geprägten Kleingemeinden auf der anderen Seite gibt es in (Ober-) Österreich eine Reihe von Gemeinden, die sowohl städtische als auch ländliche Charakteristika aufweisen und aufgrund ihrer besonderen

Ausgangssituation (z.B. Lage an zentraler Verkehrsader, hohes Arbeitsplatzangebot, günstiger Wohnraum, damit verbundene höhere Zuwanderung) einen erhöhten Handlungsbedarf in Integrationsfragen haben (siehe nachfolgende Tabelle).

**Auszug aus dem 1. Umsetzungsbericht zum Integrationsleitbild des Landes OÖ – Partner/innen**

<b>STATUTARSTÄDTE</b>	<b>STADTGEMEINDEN MIT ERHÖHTEM HANDLUNGSBEDARF</b>	<b>(STADT-)GEMEINDEN MIT MITTLEREM HANDLUNGSBEDARF</b>	<b>(STADT-)GEMEINDEN MIT EHER NIEDRIGEM HANDLUNGSBEDARF<sup>5</sup></b>
stark städtischer Charakter	städtischer Charakter, vereinzelt ländliche Kennzeichen	teilweise städtischer Charakter, häufig auch ausgeprägte ländliche Kennzeichen	kaum bis kein städtischer Charakter
Statutarstädte = Linz, Wels, Steyr	z.B. einige Stadtgemeinden im Zentralraum und Mehrheit der Bezirkshauptstädte	z.B. einige (Stadt-) Gemeinden entlang der Bundesstraßen und der Westbahnlinie	Großteil der öö. Gemeinden
Stadt mit Bezirksverwaltungs- aufgaben  Stadt als Gesamtorganisation = zentraler Faktor	Stadt als Gesamtorganisation zu berücksichtigen	häufig überschaubarer Verwaltungsapparat, aufgrund von Mehrfachzuständigkeiten der einzelnen Mitarbeiter/innen weniger Spielraum für fachliche Spezialisierungen oder Ressourcenverschiebungen	meist kleiner Verwaltungsapparat, aufgrund der Kleinräumigkeit besteht i.d.R. eine unmittelbare Kenntnis der jeweiligen konkreten Situation (Lebenslage einer Familie, Konflikt zwischen Wohnparteien); Fokus v.a. auf der Bearbeitung des konkreten Einzelfalles und weniger auf Systementwicklungen (Vor- und Nachteile)
große Partner/innen-Vielfalt – inklusive integrationsspezifischer Träger und Angebote	Partner/innen der Integrationsarbeit (Institutionen) wichtiger Faktor – nur teilweise integrationsspezifische Organisationen	Partner/innen der Integrationsarbeit vor allem im Bildungs- und ehrenamtlichen Bereich; kaum integrationsspezifische Angebote/Träger	Partner/innen der Integrationsarbeit vor allem im Bildungs- und ehrenamtlichen Bereich; sehr selten integrationsspezifische Angebote/Träger
gesamte Bandbreite an Handlungsfeldern zu berücksichtigen	gesamte Bandbreite an Handlungsfeldern relevant – Schwerpunktsetzung sinnvoll	häufig Schwerpunkt im Bereich Sprache/Bildung und/oder Begegnung/ Zusammenleben	häufig Schwerpunkt im Bereich Begegnung und Informationsarbeit
Verantwortlichkeit und Ressourcen für Koordinierung der Aktivitäten unabdingbar	Verantwortlichkeit und Ressourcen für Koordinierung der Aktivitäten notwendig	häufig nur einzelne Projekte/Aktivitäten	meist nur einzelne Projekte/Aktivitäten

<sup>5</sup> Die Kategorisierung „eher niedriger Handlungsbedarf“ bezieht sich auf Integrationsarbeit im engeren Sinne. Gerade in ländlich geprägten Regionen fällt allerdings auf, dass hinsichtlich Informationsarbeit, Begegnungsinitiativen und Sensibilisierung der einheimischen Bevölkerung quer durch alle Altersstufen der Handlungsbedarf hoch ist, da Bilder und Meinungen vor allem durch wenig differenzierende Massenmedien und „Kurzaufenthalte“ im städtischen Raum (Schulbesuch, Arbeitsweg, abendliches Fortgehen u.Ä.) geprägt werden.

